Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 15.45. Durch die Poſt im Orts- und Oberamtsverkehr ſowie im ſonſtigen inländiſchen Verkehr ℳ 16.50 mit Poſtbeſtellgeld.
In Fällen von höherer Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerſtattung des Bezugspreiſes.
Beſtellungen nehmen alle Poſtſtellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkaſſe Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einſpaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 75 ₰, außerhalb desſelben 85 ₰. Offerte und Auskunfterteilung 50 ₰.
Reklame-Zeile ℳ 2.50.
Bei größeren Aufträgen entſprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.
Fernſprecher Nr. 4.
Für telefoniſche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 266. | Neuenbürg, Mittwoch, den 16. November 1921. | 79. Jahrgang.

Deutſchland.

Konſtanz, 14. Nov. Das Miniſterium des Innern hat mit Rückſicht auf die maßlos geſteigerte Ausfuhr an der badiſch-ſchweizeriſchen Grenze die Ausfuhr aller Waren, einſchl. der Luxuswaren, verboten und ſcharfe Überwachung angeordnet. Von dem Verbot ſind, laut „Konſt. Ztg.", lediglich die Waren ausgenommen, die mit Spezialausfuhrbewilligung des Reichswirtſchaftsminiſteriums oder des Reichskommiſſars für Aus- und Einfuhrbewilligung verſehen ſind.

München, 15. Nov. In hieſigen politiſchen Kreiſen iſt man der Anſicht, daß die Ausſprache zwiſchen Graf Lerchenfeld und der Reichsregierung über die monarchiſtiſche Bewegung in Bayern, insbeſondere über die Stellungnahme der bayeriſchen Regierung zu der Kundgebung des Kronprinzen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Man ſpricht ſogar von der Gefahr einer neuen Kriſe zwiſchen Bayern und dem Reich. Die Reichsregierung hat nach unſerer Kenntnis von dem bayeriſchen Kabinett eine klare und bündige Erklärung und ein eindeutiges Bekenntnis zur Republik verlangt. Dieſe Frage beſchäftigte heute nachmittag auch den Miniſterrat, ohne daß bekannt wurde, ob dieſer zu einem Ergebnis gelangte. Auch die Koalitionsparteien werden ſich morgen zu beſonderen Beratungen zuſammenfinden.

Der Finanzausſchuß und die neue Beſoldungsordnung.

Stuttgart, 14. Nov. Der Finanzausſchuß des Landtags trat heute zuſammen, um zu der durch die Schaffung einer neuen Beſoldungsordnung im Reich für Württemberg gegebenen Situation Stellung zu nehmen. An Stelle des erkrankten Finanzminiſters berichteten Miniſterialdirektor Groß und Miniſterialrat Fiſcher über die im Reich geſchaffene Beſoldungsordnung. Die württembergiſche Regierung ſei der Auffaſſung, daß für die württ. Beamten die Konſequenzen aus der Lage gezogen und die gleichen Gehaltsſätze wie im Reich gewährt werden müßten. Der Mehraufwand für Beamte und Lehrer betrage etwa 150 bis 160 Millionen Mark, die Kinderzuſchläge erfordern ein Mehr von 20 Millionen, der Aufwand für die außerplanmäßigen Beamten ein Mehr von 25 bis 30 und für die Penſionäre etwa 25 Millionen Mark. Mehreinnahmen ſeien noch nicht vorhanden. Die Regierungsvertreter gaben eine Erklärung der Reichsregierung bekannt, die dieſe im Reichsrat abgegeben hat. Danach ſollen die Mehrausgaben für das laufende Rechnungsjahr durch Vorſchüſſe des Reiches in Höhe des Mehrbedarfs vierteljährlich im Voraus den Ländern zur Verfügung geſtellt werden, ſoweit die Länder nicht ſelbſt in der Lage ſeien, dieſe Mehrausgaben ſelbſt zu tragen. Die Länder dagegen ſollen finanzſchwachen Gemeinden beiſpringen, unter Umſtänden wird auch hierfür das Reich Vorſchüſſe zur Verfügung ſtellen. — Redner aller Parteien ſprachen ſich dahin aus, daß der württ. Landtag die Konſequenzen aus der Überteuerung und dem Vorgang im Reich ziehen müſſe. Die Abgg. Andre, Scheef, Ströbel, Pflüger und Kinkel brachten hierauf folgende Entſchließung ein: Der Finanzausſchuß ermächtigt mit Vorbehalt der Zuſtimmung des Landtags die Regierung, unverzüglich mit der Ausbezahlung der neuen Gehaltsbezüge, entſprechend dem Vorgang im Reich, zu beginnen. Bei der Beſprechung dieſer Entſchließung kam zum Ausdruck, daß die Regierung ſofort Abſchlagszahlungen leiſten möge. Ein Regierungsvertreter gab die Erklärung ab, daß die Vorbereitungen hierfür ſoweit getroffen ſeien, daß ſchon morgen mit der Einweiſung der höheren Gebührniſſe begonnen werden könne. Ein Zentrumsredner frug an, wie es mit den außerplanmäßig Angeſtellten zu halten ſei und wann dieſe die aus der frühere Regelung noch rückſtändigen Gehaltsbeträge ausbezahlt bekommen würden. Es wurde darauf geantwortet, daß die Gehaltsbezüge für November und Dezember ſofort angewieſen und auch mit einer alsbaldigen Ausbezahlung der früheren Differenzbeträge zu rechnen ſei. Von Seiten der Unabhängigen wurde folgender neuer Antrag eingebracht: 1. die Württ. Regierung zu erſuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Gehälter der unteren und mittleren Beamten alsbald den Teuerungsverhältniſſen entſprechend geregelt werden, 2. bei allen durch die Teuerung notwendigen Zulagen ſind die gleichmäßigen prozentualen Zulagen zu vermeiden, 3. den unteren, mittleren und höheren Beamten ſind in Zukunft Zuſchläge zu gewähren, die für die Beamten aller Gruppen den Mehrausgaben durch die Teuerung entſprechen. — Gegen dieſen Antrag wandte ſich ein Zentrumsredner. Es ſei nicht zu verantworten, wenn ſofort im Anſchluß an die Neuregelung ein derartiger Antrag angenommen würde. Man ſolle die Aufbeſſerung, die für die unteren Beamten allerdings in nicht erwünſchter Weiſe erfolgt ſei, abwarten und die jetzige Regelung durchführen. Ziffer 1 des Antrags wurde zurückgezogen, Ziffer 2 mit 10 Nein und 5 Ja und eine Enthaltung, ebenſo Ziffer 3 mit 11 Nein gegen 2 Ja bei drei Enthaltungen abgelehnt. — Morgen Dienstag 9 Uhr vormittags Fortſetzung: 1. Mitteilungen des Miniſters des Innern über die Frage der Baukoſtenzuſchüſſe für Wohnungsbauten, 2. Entwurf eines Wohnungsabgabegeſetzes, 3. Rechnungsprüfungen, 4. Eingaben.

Erklärung der Württ. Bürgerpartei zur Regierungsumbildung.

Stuttgart, 15. Nov. Die Bürgerpartei ſchreibt uns: Der Engere Landesausſchuß der Württ. Bürgerpartei trat am Sonntag, den 13. November, zu einer ſehr zahlreich beſuchten Sitzung zuſammen. In einleitenden Ausführungen berichtete der Fraktionsvorſitzende Abg. Bazille über die Lage im Reiche und beſprach dabei insbeſondere die Haltung der Deutſchen Volkspartei bei den Verſuchen zur Schaffung der großen Koalition im Reiche und bei der Bildung der Preußiſchen Regierung Braun-Severing nach dem Sturze Stegerwalds. Auf die württ. Verhältniſſe übergehend bezeichnete der Redner die Hereinnahme des Sozialdemokraten Keil in die württ. Regierung an Stelle des bisherigen Ernährungsminiſters Dr. Schall vom Standpunkt der Kräftigung der Staatsgewalt aus für einen Rückſchritt. Die Umbildung ſei nicht herbeigeführt durch die Entwicklung der inneren württ. Verhältniſſe, ſondern ſie ſei erfolgt in Nachahmung der Regierungsumbildungen im Reich und in Preußen. Andererſeits habe die Württ. Bürgerpartei vom erſten Augenblick anerkannt, daß die Sozialdemokratie geheimer Teilhaber der Regierung Hieber ſei, und es ſei ein politiſches Gebot, daß das Volk klaren Einblick darin habe, wer eigentlich für die Politik der Regierung verantwortlich ſei. Die Oppoſition müſſe daher auch ſo geführt werden, daß dieſe Verantwortlichkeit nicht verwiſcht werde. In der ſehr angeregten Ausſprache fanden dieſe Darlegungen volle Zuſtimmung. Es wurde daraufhingewieſen, daß das Miniſterium Keil nur der erſte Vorpoſten der Sozialdemokratie für ein weiteres Eindringen in die Regierung ſei, und daß das Miniſterium Hieber dieſem ſozialdemokratiſchen Drängen nennenswerten Widerſtand nicht entgegenſetzen werde. Insbeſondere wandten ſich verſchiedene Redner gegen die neuerlichen Ausführungen des Abg. Scheef über die politiſche Haltung der höheren Beamten. Es wurde die Erwartung ausgeſprochen, daß die Fraktion energiſch Stellung nehmen werde gegen die demokratiſchen Angriffe auf die ſtaatsbürgerliche Betätigungsfreiheit der Beamten. Ebenſo werde es die Aufgabe der Fraktion ſein, feſtzuſtellen, ob die andere Regierungspartei, Zentrum und die Deutſche Volkspartei, mit dieſem demokratiſchen Vorgehen einverſtanden ſei. Im weiteren Verlauf der Ausſprache wurde eine große Anzahl wichtiger Probleme berührt, über die die Beſchlußfaſſung bis zur nächſten Sitzung des Engeren Ausſchuſſes verſchoben wurde.

Ausland.

Ein Buch Clemenceaus über Deutſchland.

Wie Marcel Hutin mitteilt, iſt Clemenceau mit der Niederſchrift eines Buches beſchäftigt, das die deutſchen Erfahrungen ſeines langen Lebens zuſammenfaſſen ſoll. Clemenceau erklärte, vor drei Jahren mit der Arbeit nicht fertig zu werden. Sollte der Achtzigjährige darüber ſterben, ſo ſoll das Buch niemals veröffentlicht, ſondern verbrannt werden. Clemenceaus Geſundheit iſt eiſern. Er will im Frühjahr in die Vendée zurückkehren, dann aber noch größere Reiſen unternehmen.

Zur Kriegsſchuldfrage. Verſchleierung.

Telegramm Iswolſkys vom 30. Juli 1914: „Die franzöſiſche Regierung, die ſich keineswegs in unſere militäriſchen Vorbereitungen einmiſchen will, würde es für äußerſt wünſchenswert halten, daß dieſe Vorbereitungen einen möglichſt wenig offenen und herausfordernden Charakter tragen. Wir könnten erklären, daß wir im höchſten Intereſſe des Friedens bereit ſeien, die Mobiliſationsmaßnahmen zeitweilig zu verlangſamen, was uns nicht hindern würde, die militäriſchen Vorbereitungen fortzuſetzen und ſie ſogar zu verſtärken."

Treffendes ſpaniſches Urteil.

Die „Accion", das Blatt des ſpaniſchen Miniſterpräſidenten Maura, macht den Verſailler Frieden verantwortlich für das in Europa herrſchende Finanzelend. Sie ſchreibt, Deutſchland habe wieder angefangen, zu arbeiten, um ſeine Verpflichtungen zu erfüllen, als man ihm einen Teil Oberſchleſiens entriß. Infolgedeſſen ſei das Unvermeidliche eingetreten. Deutſchland ſei in einem Zuſtand wie Öſterreich. Sein Zuſammenbruch werde denjenigen Europas herbeiführen.

Die amerikaniſche Abrüſtungskonferenz.

Frankreichs iſolierte Stellung.

London, 15. Nov. Wie jetzt erſt bekannt wird, hatte Briand mit Senator Lodges vor Beginn der Konferenz eine Unterredung. Man ſieht aus dieſer Tatſache, daß Briand maßgebende amerikaniſche Politiker für die franzöſiſchen Wünſche auf Beibehaltung einer möglichſt ſtarken Landarmee zu gewinnen ſuchte. Die Abrüſtungsvorſchläge von Staatsſekretär Hughes ſollen auf die franzöſiſche Abordnung einen ungünſtigen Eindruck gemacht haben. Ihr wäre es lieber geweſen, wenn man die einzelnen Abordnungen über das Abrüſtungsprogramm vorher informiert hätte. Die Anſichten über die Haltung der Engländer und Japaner gehen weit auseinander. Man glaubt, daß England, Japan und auch Amerika etwaigen Vorſchlägen über Verringerung des Landheeres ihre Zuſtimmung geben würden, und daß es durch eine Weigerung Frankreichs auf Verringerung des Landheeres zu einem Bruch zwiſchen den Vereinigten Staaten und Frankreich kommen wird. Das Hardingſche Abrüſtungsprogramm dürfte vor ſeiner Verwirklichung Gegenſtand langwieriger Diskuſſionen werden.

Paris, 14. Nov. Pertinax ſchreibt im „Echo de Paris" über den Plan von Hughes: Man befindet ſich einem ſorgfältig vorbereiteten Akt gegenüber. Der amerikaniſche Staatsmann hat an die inere Politik gedacht. Er hat allen denen, die für die Budgetſparſamkeit kämpfen und die mit den Senatoren Borah und Johnſon immer wiederholen, die Einſchränkung der Bewaffnung müſſe raſch und radikal erfolgen, ſelbſt wenn dies die Aufgabe von China bedeute, ſeine Unterſtützung geben wollen. Sein Syſtem kann man in einem Wort zuſammenfaſſen: Engliſch-amerikaniſche Entente.

Englands Verzicht auf das japaniſche Bündnis.

Paris, 15. Nov. Die erſte Folge der Erklärungen Hughes bildet, nach dem Korreſpondenten des „Echo de Paris" der Verzicht Großbritanniens auf das Bündnis mit Japan. Dieſe Aufgabe wird als vollendete Tatſache bezeichnet. Die britiſchen Kreiſe in Waſhington machen aus ihrem Verzicht keinen Hehl mehr. In der Tat erhält England den Löwenanteil. Man geſtattet ihm die ſtärkſte Flotte. Gewiß wird nach Erſetzung der Einheiten die amerikaniſche Flotte gleich ſtark ſein. England verfügt aber immer über eine mächtige Handelsflotte, die es militäriſch ausbauen kann, um im Falle eines Krieges die frühere Überlegenheit zur See wieder zu erreichen.

England im Prinzip zur Annahme des amerikaniſchen Abrüſtungsplans bereit.

Waſhington, 15. Nov. Das bedeutſamſte Ereignis des Sonntags war eine amtliche Bekanntmachung, derzufolge der engliſche Hauptdelegierte, Lord Balfour, am Montag in einer Rede auf der Konferenz erklären werde, daß England dem amerikaniſchen Abrüſtungsvorſchlag grundſätzlich zuſtimmt und ſich für ſeine Annahme auszuſprechen gedenke. Hughes hatte am Sonntag in Beſprechungen mit Briand die Frage zu klären verſucht, welche Garantien Frankreich von den alliierten Mächten fordert, um trotz der von ihm immer wieder betonten deutſchen Gefahr die Rüſtungseinſchränkungen vorzunehmen. Briand verlangte dann eine Präziſierung des amerikaniſchen Standpunktes darüber, welche Sicherheiten Frankreich zur Erfüllung ſeiner Reparationsforderungen geboten werden könnten, wenn es auf ſeine militäriſchen Machtmittel in weiteſtem Maße verzichte.

Die amerikaniſche Finanzwelt und die Waſhingtoner Konferenz.

Nach der Pariſer Ausgabe der „Chicago Tribune" haben 400 amerikaniſche Finanzleute an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angeſichts des rapiden Sturzes der deutſchen Mark das Erſuchen geſtellt wird, auf der Waſhingtoner Konferenz auch die Finanzlage und die Konſolidierung der Markwährung zur ſofortigen Beratung zu ſtellen. Dieſe Forderung ſei aus der Erkenntnis geboren, daß bei der heutigen durch den Abſchluß des Weltkrieges hervorgerufenen Lage der weltpolitiſchen Umſtände Politik und Wirtſchaft nicht mehr von einander zu trennen ſeien, worauf die Waſhingtoner Abrüſtungskonferenz, um der Weltpolitik ein neues Geſicht zu verleihen, gebührend Rückſicht zu nehmen habe. Die Behandlung, die Deutſchland heute von ſeinen früheren Gegnern erfahre, ſtelle nach dem Anſpruch leitender amerikaniſcher Staatsmänner die Fortſetzung des Krieges mit anderen Mitteln dar. Wenn die Waſhingtoner Konferenz in der Tat ein Weltfriedensprogramm aufſtellen wolle, ſo müſſe ſie auch den gegen Deutſchland geführten verſchleierten Krieg aus der Welt ſchaffen, indem ſie den oben erwähnten Vorſchlag der amerikaniſchen Finanzleute annehme und außerdem ihr Augenmerk darauf richte, Deutſchland aus ſeiner jetzigen wirtſchaftlichen Niederlage wieder emporzuziehen. Nicht nur der Not müſſe abgeholfen werden, ſondern auch die wirtſchaftlichen Zwangsmaßnahmen müſſen aufgehoben werden. Dieſe Erkenntnis wird ſich auch allmählich in Deutſchland feſtſetzen und verbreiten müſſen; denn bisher gibt es noch Leute, die ein ganz anders geartetes Rezept gegen unſer Siechtum empfehlen, und die „Deutſche Zeitung" wird durch dieſen Vorſchlag der amerikaniſchen Finanzleute mit der in ihrem geſtrigen Leitartikel angegebenen Anſchauung ad abſurdum geführt, daß nicht die Wirtſchaft, ſondern die Politik das Gebot der Stunde ſei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 15. Nov. Wir erhalten folgende Zuſchrift: Einſender dieſes hatte in letzter Zeit Gelegenheit, täglich einige Stunden mitanſehen zu können, in welch beſtialiſcher Weiſe der Fuhrwerksverkehr am ſog. „Pfläſterle" vor dem Wannerſchen Hauſe in Neuenbürg ſich abſpielt. Auf dieſer kleinen Strecke verkehren täglich einige hundert Fuhrwerke, von welchen durchweg immer das zweite oder dritte hängen bleibt. Infolge der großen Steigung, noch mehr aber wegen des glatten Pflaſters, ſtürzen die Pferde, ſpringen auf und ſtürzen wieder, der Wagen geht rückwärts und ſoll nun an der ſteilſten Stelle im Rücklauf von den ſtürzenden und zitternden Pferden aufgefangen und weggezogen werden. Hier ſpielen ſich nervenerregende Szenen ab, die nur die Anwohner dieſer Unglücksſtelle, welche jahraus, jahrein, bei Tag und Nacht dieſe Tierquälerei mitanſehen müſſen, richtig beurteilen können. Und das alles wegen dem „Pfläſterle". Man muß ſich wirklich fragen: Muß das ſo ſein? oder wäre es nicht angebracht, daß man das „Unglückspflaſter" einfach herausreißt und von der halben Höhe bis zum Wannerſchen Laden (etwa 30 Meter lang) einfach beſchottert und einwalzt? vorausgeſetzt, daß man nicht den Buckel verlängert bis zum Wagner Maierſchen Haus und ſo die Straße mehr ebnet? Letzteres wäre natürlich das Ideal. Aber auch mit dem erſten Vorſchlag wäre ſchon ſehr viel gewonnen und die Stadt Neuenbürg wäre des Danks aller Fuhrleute, und nicht zuletzt der ſo oft geängſtigten Anwohner gewiß.
E. G. G.

Neuenbürg, 16. Nov. Ein Jahrzehnt iſt mit dem heutigen Tage verfloſſen, ſeit ein Naturereignis die Gemüter nicht nur unſeres Bezirks, ſondern des ganzen Schwabenlandes und darüber hinaus in Angſt und Schrecken verſetzte: Wir meinen das Erdbeben, welches am 16. November 1911, nachts halb 11 Uhr, die Leute aus dem Schlafe, andere aus öffentlichen Lokalen trieb und teilweiſe nicht unbedeutenden Schaden anrichtete. Aus faſt allen Bezirksorten gingen damals die Meldungen über dieſe unergründliche Naturkataſtrophe ein und fanden Aufnahme im „Enztäler", gleichſam als bedeutſames Zeichen für ſpätere Zeiten und Geſchlechter. Der Hauptherd des Erdbebens war die Gegend um Ebingen, wo es beſonders ſchweren Schaden anrichtete. Auf der Wurmlinger Kapelle bei Rottenburg, dem durch Uhlands Gedicht verherrlichten mittelalterlichen Bauwerk auf luftiger Höhe, wurde die Nordwand herausgeſchlagen, auch ſonſt an dieſem altehrwürdigen Gebäude beträchtlicher Schaden angerichtet. Glücklicherweiſe ging die Kataſtrophe ohne Verluſt an Menſchenleben vorüber, aber noch einige Zeit dauerte es, namentlich in der Ebinger Gegend, bis der erſchütterte Erdkörper wieder einigermaßen zur Ruhe kam. Möchten wir künftig vor ſolchen unheimlichen Ereigniſſen verſchont bleiben, denn man ſteht ihnen machtlos gegenüber, weil ſie ebenſo plötzlich wie überraſchend auftreten.

Wildbad, 15. Nov. Das Ergebnis der ſtädt. Vergnügungsſteuer im Rechnungsjahr 1921 wird auf 35 000 M. berechnet. — Das ſtädt. Forſtamt konnte bisher mit den ſtädtiſchen Holzhauern zu keiner Einigung über die Holzhauerlöhne im neuen Wirtſchaftsjahr gelangen. Die Arbeiter verlangen beträchtlich höhere Stunden- und Akkordlöhne als ſie der Lohntarif für Waldarbeiter in den württ. Staatswaldungen vorſieht. Der Gemeinderat beſchloß deshalb, daß dieſer Lohntarif mit Wirkung vom 15. Oktober zur Anwendung kommt und daß hierzu ein Teuerungszuſchlag von 10 Prozent gegeben wird.

Außerdem wurde das Forſtamt angewieſen, die zu große Zahl der Waldarbeiter im Benehmen mit dem Betriebsrat zu reduzieren, wobei insbeſondere den gewerblichen Arbeitern nahezulegen iſt, zu ihrem Beruf zurückzukehren. Mit Rückſicht auf die hieſigen ſtaatlichen Holzhauer und die benachbarten Waldbeſitzer iſt die Stadtgemeinde künftig gezwungen, den Lohntarif der Waldarbeiter als Mitglied des Waldbeſitzerverbandes einzuhalten.

Württemberg.

Calw, 15. Nov. (Vom Siedlungsverein.) Der Siedlungsverein gab das Ergebnis des Preisausſchreibens für das Kapellenbergprojekt bekannt. Preiſe erhielten: Architekt Gebhardt (Stuttgart), Architekt Mäcke (Stuttgart) und Architekt Moſer (Fellbach). Neun Bauluſtige meldeten ſich ſofort. Die neuerbauten Eigenheime des Vereins, der nunmehr 88 Mitglieder zählt, kommen auf 70 000 M. je Haus. Die hieſige Induſtrie ſtellte dem Siedlungsverein 60 000 M., die Stadt Bauholz zu mäßigem Preis zur Verfügung. Fünf Doppelhäuſer ſind erſtellt und bezogen.

Stuttgart, 15. Nov. (Zum zweitenmale zum Tode verurteilt.) In dem wegen angeblicher Geiſtesſtörung zum zweitenmal verhandelten Mordprozeß Seifert (der Cannſtatter Gattenmörder war ſchon am 2. Mai zum Tode verurteilt worden) hat das Schwurgericht nach mehrtägigen Verhandlungen wiederum auf Todesſtrafe erkannt.

Heilbronn, 15. Nov. (Zum Induſtrie-Angeſtellten-Tarif.) Die Betriebsvertrauensmänner-Verſammlung der hieſigen Induſtrieangeſtellten bezeichnete die neuaufgeſtellten Gehaltsſätze für die Angeſtellten der Induſtrie als unzureichend. Die Entſcheidung über die Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifs wird ſchon in den nächſten Tagen durch Abſtimmung fallen.

Schramberg, 15. Nov. (Eine Uhr aus Stroh.) Der in Schiltach anſäſſige Weber Johannes Pfaff hat in den Freiſtunden während zehn Jahren eine Uhr hergeſtellt, die in allen ihren Teilen aus Strohhalmen beſteht. Sie iſt bei Schreinermeiſter Reinh. Häuſle in Wolfach ausgeſtellt.

Plochingen, 15. Nov. (Württ. Eiſenbahnerverband.) In einer Verſammlung des Württ. Eiſenbahnerverbands wurde gegen die Überführung der Eiſenbahnen in Privatbetrieb Stellung genommen. Nur eine Erhöhung der Tarife und die Abſchaffung der Vergünſtigungen könne die Bahnen rentabel geſtalten.

Altshauſen, 15. Nov. (Reicher Fiſchfang.) In den letzten Wochen wurde der Guggenhauſer und Ebenweiler Weiher abgefiſcht; das Ergebnis mit zirka 94 Zentner iſt gut. Die Fiſche wurden laut „Oberländer“ hier in einen Spezialwagen verladen. Leider ſcheint es, daß den Deutſchen keine Fiſchgräte im Hals ſtecken geblieben ſind, denn der Wagen war nach Avricourt deklariert, woraus unſchwer zu erſehen ſein dürfte, wohin ſie gegangen ſind!

Spindelwag OA. Leutkirch, 15. Nov. (Brand. Das große Hofgut des Bauern Franz Schöllhorn iſt total niedergebrannt. Das Vieh, bis auf vier Schweine, konnte gerettet werden, von Fahrnis und Mobiliar nur Bruchſtücke. Die Feuerwehr war wegen Waſſermangel faſt zur Untätigkeit verurteilt. Unbegreiflicherweiſe ſoll wieder Selbſtentzündung des Ohmdes die Brandurſache ſein.

Rupprechts OA. Leutkirch, 15. Nov. (Tödlicher Schuß.) Die beiden 16 und 18 Jahre alten Söhne des Söldners Karl Muſch hier hantierten im Hofe mit einer Zimmerflinte, wobei ſich dieſe durch Unvorſichtigkeit entlud und der 16jährige Matthäus Muſch in die Bruſt getroffen wurde. Der Getroffene vermochte nur wenige Schritte zu machen, um ſodann tot zu den Füßen ſeines Bruders niederzuſinken.

Die Not des Mittelſtands. Drei Geſchwiſter in Berlin im Alter von 68 bis 71 Jahren haben gemeinſchaftlich Selbſtmord verübt, weil ſie ihre Erſparniſſe aufgezehrt und nicht mehr Geld genug beſaßen, um Kleider und Lebensmittel zu kaufen. Die Notlage großer Teile der Bevölkerung durch die Geldentwertung findet in dieſem tragiſchen Geſchick ein umſo kraſſeres Bild, als der eine der drei Geſchwiſter Hausbeſitzer war und das Einkommen aus dem Hauſe zum Unterhalt nicht ausreichte. Die Not iſt nicht nur in Berlin ſo groß. Auch in unſerem Lande mehren ſich die Kataſtrophen im Mittelſtand, deſſen Angehörige zum großen Teil den bitterſten Entbehrungen ausgeſetzt ſind, weil ſie ihre Einnahmen nicht wie andere Bevölkerungsklaſſen ſteigen können. Die Württembergiſche Mittelſtandsnothilfe will hier beiſpringen.

Baden.

Kappelrodeck, 14. Nov. Infolge des umfangreichen Branntweinbrennens iſt der Bedarf und die Nachfrage nach Brennholz derart groß, daß bei einer Holzverſteigerung für einen Ster Holz bis zu 400 M. (ohne Fuhrlohn) bezahlt wurde.

Konſtanz, 12. Nov. Gärtnermeiſter Koch (Trägerwilen), Schweiz, legte an den deutſchen Kriegergräbern in Konſtanz am Allerheiligtag einen prachtvollen Waldkranz mit einer Schleife in den ſchweizeriſchen Nationalfarben nieder in Erinnerung an ſeine Tätigkeit, die ihn als Gartenbaulehrer der deutſchen landwirtſchaftlichen Interniertenſchule auf Schloß Hard bei Ermatingen in engſte Fühlung mit den in der Schweiz internierten deutſchen Soldaten brachte.

Waldshut, 14. Nov. Auch hier wurde in einer Sitzung der Handels- und Handwerkskammer, des Hauptzollamtes und der Geſchäftsleute die Regelung des Ausfuhrverkehrs nach der Schweiz beſprochen. Es wurde der Vorſchlag gemacht, dem Beiſpiel der Stadt Konſtanz zu folgen und auf Waren, deren Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr geſtattet iſt, auf je 100 M. einen Auslandszuſchlag von drei Franken zu erheben. Die Geſchäftsleute lehnten aber ein ſolches Verfahren rundweg ab.

Vermiſchtes.

Eine gelungene Hexengeſchichte wird aus einem kleinen Orte in der Nähe von Seligenſtadt am Main berichtet. Dort gaben ſechs Kühe eines Landwirts plötzlich morgens keinen Tropfen Milch mehr. Für die Ortsbewohner ſtand es feſt, daß hier nur Hexen ihre Hände im Spiele haben könnten. Die böſe Hexe iſt jetzt auch richtig in der Perſon einer Nachbarsfrau entdeckt worden, die dabei ertappt wurde, wie ſie nachts die ſämtlichen Kühe melkte.

Einen jähen Tod erlitt Pfarrer Gillmann in Grimmen (Vorpommern). Mitten in ſeiner Predigt wurde er auf der Kanzel von einem Herzſchlag betroffen, ſodaß er tot die Kanzeltreppe hinunterſtürzte.

Stiefel für das Ausland. In einer Zeit, in der weite Kreiſe des Volkes ſich kein Schuhwerk anſchaffen können, preiſt ein Berliner Geſchäft 83 000 Paar Sohlleder-Militärſchnürſtiefel in Kernausführung mit dem Bemerken an, daß ſich die Ware der großen Menge wegen hauptſächlich für den Export eigne. Die demokratiſchen Abgeordneten Weiß und Bahr haben eine „Kleine Anfrage“ an die Reichsregierung gerichtet, ob dieſe Stiefel aus Heeresbeſtänden ſtammen, und wenn ja, warum man nicht dafür Sorge getragen hat, daß dieſe Beſtände dem Inlandsbedarf zugeführt werden.

Das neue deutſche Einheitsſchiff. Mit der Ankunft der „Bayern“ in Neuyork, die als erſtes deutſches Schiff nach Friedensſchluß mit Amerika in Neuyork einlief, hat ſich den Amerikanern der Typ des augenblicklichen deutſchen Einheitsſchiffes vorgeſtellt. Verſchiedene Gründe haben — wie die Zeitſchrift „Die Räder“ berichtet —, dieſen beſonderen Schiffstyp entſtehen laſſen. Zunächſt kommt mit Rückſicht auf den Friedensvertrag nur eine gewiſſe Größe der Schiffe überhaupt in Betracht. Das deckt ſich inſofern mit der Wirtſchaftlichkeit, als Rieſendampfer, wie man ſie noch kurz vor dem Kriege baute, als unrentabel angeſehen werden. Betriebsbilligkeit iſt bei der Lage der Weltſchiffahrt in der Gegenwart überhaupt oberſtes Grundgeſetz für Neubauten. Dementſprechend ſtellt der neue Typ eine Verbindung von Fracht und Paſſagierdampfer dar. Aber auch für letzteren Zweck iſt von jedem koſtſpieligen Luxus abgeſehen. Außer einer verſchwindend geringen Zahl von Paſſagieren erſter Klaſſe werden nur Fahrgäſte dritter Klaſſe befördert, denen ſämtliche Paſſagiereinrichtungen des Schiffes, wie Speiſeſaal, Geſellſchaftszimmer, Bäder und Promenadendeck, zur gemeinſamen Benutzung dienen. Es können 800 Perſonen untergebracht werden. Der Überfahrtspreis beträgt pro Kopf etwa 120 Dollar.

Keine Beſchlagnahme von 24 Millionen Goldmark. Die Goldſchmuggelaffaire ſchlägt in folgendes zuſammen: In einer von der Firma Borſig gelieferten, für Dänemark beſtimmten Lokomotive hatte ein die Lokomotive begleitender Monteur der Firma einen Lederriemen und andere Lederwaren, ſowie ſonſtige Sachen, deren Ausfuhr verboten iſt, verborgen, um ſie nach Dänemark zu ſchmuggeln. Die Waren, die insgeſamt einen Wert von 20 000 bis 25 000 Mark haben, wurden von Beamten der Zollſtation Flensburg-Weiche entdeckt und beſchlagnahmt. Die phantaſievolle däniſche Preſſe hat aus der Angelegenheit das Märchen von einem Goldſchmuggel gemacht.

Schweizer Valuta-Schieber. Nachdem ſchon vor einiger Zeit ein Ausländer, offenbar ein Schweizer, an einem Schalter des Stuttgarter Hauptpoſtamtes 100 Stück internationale Antwortſcheine zum derzeitigen Verkaufspreis von 6 M. das Stück hatte ankaufen wollen, hat dieſer Tage ein anderer Schweizer den Verſuch gemacht, bei derſelben Poſtſtelle 1250 internationale Antwortſcheine zu 6 M. zu kaufen. Da aber aus ganz beſtimmten, heute leichter als je begreiflichen Gründen nur eine ganz beſtimmte Anzahl ſolcher Antwortſcheine abgegeben werden darf, iſt aus dem damit beabſichtigten Valutaſchiebergeſchäft glücklicherweiſe nichts geworden. Der Schweizer hätte dieſe 1250 internationalen Antwortſcheine in ſeinem Heimatland gegen Freimarken und damit gegen einen Barwert von mindeſtens 312½ Franken einlöſen können. Da 100 Franken einen Wert von rund 5200 M. gleichkommen, hätte der Schweizer Valuta-Schmarotzer beim Gelingen des Geſchäfts im Handumdrehen einen Reingewinn von 167½ Franken oder 8710 M. gehabt. Mit dieſem mühe- und arbeitsloſen Gewinn hätte er nicht nur ſeine Reiſe aus der Schweiz nach Stuttgart, mindeſtens 200 Bahnkilometer, bezahlen, ſondern auch noch ganz gehörig am Ausverkauf mithelfen können.

Kronen im Winde. Aus Wien wird berichtet: Einer armen Mechanikersgattin hatte auf der Straße ein Windſtoß die Taſche, die ſie in der Hand trug, geöffnet. Darin befand ſich ein Geldbetrag, etwa vierunddreißigtauſend Kronen. Im nächſten Augenblick flatterten die Banknoten nach allen Richtungen der Windroſe. Die Kronen ſenkten ſich dann wieder und fielen, was ja auch ſonſt zu ihren hervorſtechendſten Merkmalen gehört. Die Verluſtträgerin hat im ganzen nur ſechstauſend Kronen wieder zurückbekommen. Der Reſt blieb verſchwunden. Ein Wiener Blatt knüpft daran folgende Bemerkung: Dieſe tragikomiſche Geſchichte iſt in hohem Grade geeignet, unſer bedenklich herabgemindertes Selbſtbewußtſein wieder aufzurichten. Es war alſo doch eine nicht genug zu verdammende Übertreibung, wenn gelegentlich feſt und ſteif behauptet wurde, nach Kronennoten, die auf der Erde liegen, bücke ſich überhaupt niemand; denn einerſeits lohne es nicht die Anſtrengung und andererſeits ſei es in hohem Grade unwirtſchaftlich, mutwillig die Einbuße eines abgeſprungenen Hoſenknopfes zu riskieren. In der Sechskrügelgaſſe iſt die öſterreichiſche Währung glänzend rehabilitiert worden.

Endlich ein Dorf wiederaufgebaut! Kürzlich fand in Nordfrankreich die feierliche Einweihung des Dorfes Glery ſur Somme ſtatt. Es iſt dies die erſte franzöſiſche Ortſchaft, die in der Kriegswüſte wiederhergeſtellt iſt.

Die Tante ihrer Mutter. In Korſika hat eine Frau namens Catherina Malfatti ihren Großonkel geheiratet, einen Witwer, deſſen erſte Frau eine Schweſter der Großmutter Catherinens war. Dadurch iſt eine außerordentliche Verwirrung der Verwandſchaftsverhältniſſe eingetreten, denn Fräulein Malfetti iſt nunmehr die Schwägerin ihrer eigenen Großmutter geworden, die noch lebt, und iſt zu gleicher Zeit die Tante ihrer eigenen Mutter.

Mit 300 000 Dollars verhungert. Eine 80jährige Dame Mrs. Margaret Caſton, die in Brooklyn, einer Vorſtadt von Neuyork, lebte, iſt dieſer Tage Hungers geſtorben, obwohl ſie ein Vermögen von 300 000 Dollars beſaß. Nachdem ihr Mann im Jahre 1915 das Zeitliche geſegnet hatte, entließ ſie ihre Dienſtmädchen, ließ die Jalouſien herunter, verſchloß die Türen und verweigerte allen den Zutritt zu ihrer Wohnung. So hat ſie ſechs Jahre lang ihre Zimmer nicht mehr verlaſſen. Die notwendige Nahrung wurde ihr durch eine ſchmale Öffnung der Hintertür zugeſchoben. Kinder, die durch die Ritzen der Fenſterläden neugierig hindurchguckten, ſahen eine alte Dame, gekleidet in die Tracht der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts, ſteif und ſtarr in tiefem Nachgrübeln am Tiſch ſitzen. Schließlich nahm ſie auch die Nahrung, die ihr gereicht wurde, nicht mehr an. Als man mehrere Tage nichts mehr von ihr gehört hatte, erbrach man die Tür und fand ſie tot. Bei der Durchſuchung ihrer Hinterlaſſenſchaft entdeckte man verſchiedene Bankbücher, in denen Werte von 300 000 Dollars verzeichnet waren und man fand Juwelen und Bargeld im Werte von 50 000 Dollars. Verwandte oder Freunde der Verhungerten konnten nicht feſtgeſtellt werden.

Parfüm aus Kampfgaſen. Nach einer Bekanntgabe des Kriegsdepartments der Vereinigten Staaten iſt es gelungen, die zu Kampfzwecken hergeſtellten Gaſe, von denen in den Vereinigten Staaten noch beträchtliche, nicht verwendbare Mengen lagern, der friedlichſten aller Beſtimmungen zuzuführen: ſie in Parfüm zu verwandeln. Aus dem ſchlimmen Phosgen hat man ein Veilchenparfüm gewonnen, das angeblich feiner und beſtändiger iſt, als das aus den Pflanzen gewonnene Deſtilat. Benzylacetat, ein anderes der Kriegsgaſe, iſt Ausgangsprodukt für einen Jasminwohlgeruch, der den durchdringenden Duft der Jasminblüte noch überduften ſoll.

Die ſteuerbegeiſterten Papuaner. Die Papua-Neger auf den Südſeeinſeln unterſtehen der auſtraliſchen Regierung, die von den Eingeborenen eine Kopfſteuer von zehn Schilling erhebt und nunmehr verfügt hat, eine Zuſatzkopfſteuer von ebenfalls zehn Schilling für Schulzwecke zu erheben. Die Steuer kann in Gold, Waren oder Arbeit entrichtet werden. Der Regierung iſt berichtet worden, daß die Papuas enttäuſcht ſind, wenn ſie nicht beſteuert werden, und daß ſie die Steuerbeamten mit Begeiſterung begrüßen, wenn ſie zum Einziehen der fälligen Steuern auf der Bildfläche erſcheinen.

Handel und Verkehr.

Neuenbürg, 16. Nov. Dem heutigen Schweinemarkt waren zugeführt: 33 Milchſchweine und fünf Läuferſchweine. Verkaufspreis für Milchſchweine 200 M. das Stück, für Läuferſchweine 600 bis 800 M. das Stück. Handel flau.

— **Feldrennach**, 15. Nov. Der heutige Viehmarkt war bei prächtigem Herbſtwetter verhältnismäßig gut befahren, mit 46 Kühen und Kalbinnen, zwei Ochſen und Stieren, 26 Rindern und ſechs Kälbern, zuſammen 80 Stück. Der Handel war recht lebhaft. Die Preiſe zeigten bleibende Tendenz.

Stuttgart, 15. Nov. Dem Dienstagmarkt auf dem hieſigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 141 Ochſen, 16 Bullen, 160 Jungbullen, 185 Jungrinder, 263 Kühe, 441 Kälber, [illegible] Schweine und 27 Schafe. Erlöſt wurden aus 1 Zentner Lebendgewicht: Ochſen 1: 750 bis 830, 2: 560 bis 690, Bullen 1: 750 bis 800, 2: 580 bis 700, Jungrinder 1: 790 bis 860, 2: [illegible] bis 760, 3: 550 bis 640, Kühe 1: 570 bis 690, 2: 400 bis [illegible], 3: 300 bis 400, Kälber 1: 950 bis 1060, 2: 880 bis 940, 3: [illegible] bis 840, Schweine 1: 1500 bis 1600, 2: 1320 bis 1450, 3: [illegible] bis 1270, Hammelfleiſch 820 bis 920, Schaffleiſch 570 bis 770 M. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Vom Markt für Häute und Leder. Der Sturz der Mark hat auf allen inländiſchen Warenmärkten allgemeine ſtarke Erhöhung der Preiſe zur Folge gehabt; auf einzelnen ſind geradezu „Rekordpreiſe“ erreicht worden. Auch am Markt für Häute ſind die Forderungen letzthin außerordentlich geſtiegen und nähern ſich bei vielen Sorten wieder ihrem höchſten Stand von Anfang 1920. So galten für das Pfund norddeutſche [illegible] Ochſenhäute im März 1920: 31 bis 34 M., im Oktober 192[illegible] 17 bis 24 M., Bullenhäute 32 bis 36 M., bezw. 15 bis 23 M., Kuhhäute 31 bis 32 M., bezw. 17 bis 23 M., Kalbfelle 64 bis 67 M., bezw. 32 bis 40 M., Schaffelle 27 bis 34 M., bezw. 5 bis 10,50 M., Roßhäute (Stück) 1050 M. bezw. 660 M. — Am Ledermarkt liegen die Dinge ähnlich. Die ſtändig ſteigenden Preiſe haben auch hier alle Sorten weiter verteuert. So galten als Großhandelspreiſe: Sohlleder in Hälften 105 bis 120 M. bezw. 110 bis 130 M., Sohlleder in Kernſtücken 135 bis 155 M. bezw. 150 bis 160 M., braunes Fahlleder 155 bis 200 M. bezw. 170 bis 200 M., ſchwarzes Rindbox 36 bis 42 M. bezw. 40 bis 47 M., farbiges Rindbox 41 bis 47 M. bezw. 45 bis 52 M., ſchwarzes Boxcalf 50 bis 60 M. bezw. 52—62 M., farbiges Boxcalf [illegible] bis 65 M. bezw. 57 bis 67 M.

Neueſte Nachrichten.

Mannheim, 15. Nov. Wegen der Ausſperrung bei Benz fand geſtern in allen Betrieben der Mannheimer Metallinduſtrie eine Abſtimmung über die Frage des Eintritts in einen allgemeinen Ausſtand ſtatt. Sie ergab nach dem vorläufigen Ergebnis eine große Mehrheit für den Streik. Es ſchweben noch Verhandlungen beim Schlichtungsausſchuß über den Konflikt.

Wiesbaden, 15. Nov. Zu der Exploſion in der Ölfabrik Pfaudt in Dotzheim erfahren wir weiter: Geſtern abend um 9.30 Uhr gelang es, die Leiche des Werkmeiſters Scheurich zu bergen; das Geſicht war vollkommen verbrannt, desgleichen eine Hand. Auf dem Körper lag ein zentnerſchwerer Zementblock. Die Bergung der übrigen Leichen, fünf bis ſechs, wird erſt in einigen Tagen erfolgen können, wenn die ganze Schuttſtelle von oben weggeräumt iſt. Um 10.30 Uhr explodierte noch ein Benzinbehälter mit einer haushohen Stichflamme. Auch in der Nacht erfolgten noch kleinere Exploſionen. Der Brand konnte nur dadurch gelöſcht werden, daß die ganze Unfallſtelle unter Waſſer geſetzt wurde.

Lüneburg, 15. Nov. Auf der Strecke Lüneburg—Wittenberge ſtießen heute vormittag zwei Güterzüge zuſammen. Der von Dannenberg kommende Güterzug ſtieß zwiſchen Hitzacker und Dannenberg auf einen aus entgegengeſetzter Richtung kommenden Güterzug. Bisher wurden zwei Tote und fünf Verwundete ermittelt. Der Schaden iſt beträchtlich. Ein Wagen geriet in Brand. Die Verwundeten ſind mittags im Sonderzug nach Lüneburg geſchafft worden.

Neu-Kölln, 15. Nov. Heute vormittag wurden eine große Anzahl Lebensmittelgeſchäfte von Arbeitsloſen geplündert, die plötzlich in Trupps von 150 bis 300 Männern und Frauen in verſchiedenen Straßen auftauchten. Die Menge drang in die Lebensmittelgeſchäfte ein und raubte Butter, Margarine, Käſe, Eier uſw. Die Geſchäfte konnten wegen des überraſchenden Auftretens der Trupps nicht rechtzeitig von der Polizei geſtützt werden. Zahlreiche Geſchäfte in Neu-Kölln haben auf die Vorgänge hin geſchloſſen. Die Schutzpolizei von Berlin hat verſtärkte Abteilungen nach Neu-Kölln entſandt.

Berlin, 16. Nov. Laut „Germania“ hat der Reichsausſchuß der Zentrumspartei am Dienstag die Beratung des Entwurfs eines Parteiprogramms zum Abſchluß gebracht. Damit iſt der Programmentwurf reif zur Beſchlußfaſſung durch den Parteitag. Der Reichsparteitag des Zentrums wird daher zum 16. Januar 1922 nach Berlin berufen.

Berlin, 16. Nov. Die Erhöhung aller Gerichtsgebühren um 40 Prozent iſt, wie eine Parlamentskorreſpondenz erfährt, in Ausſicht genommen. — Der Reichsverband der Induſtrie beabſichtigt, noch in dieſer Woche in Verhandlungen mit den Gewerkſchaften einzutreten. Die „B. Z.“ meint, man ſcheine einzuſehen, daß der Reichsverband um einen ganzen Schritt werde zurückgehen müſſen, damit auch die Gewerkſchaften einen Pflock zurückſtecken können. — Das Reichskabinett wird in nächſter Zeit mit einer Reihe von Vorlagen ſich beſchäftigen, die jede Preisfeſtſetzung, die nicht durch die Valuta und die hohen Speſen als berechtigt anerkannt wird, als Wucher unter hohe Strafe fallen läßt. Die Preisfeſtſetzung ſoll gemeinſchaftlich mit den zuſtändigen Behörden erfolgen. — Der Zentrumsabgeordn. Hirtſiefer des preußiſchen Landtags hat, einer Korreſpondenz-Meldung zufolge, den Ruf als preußiſcher Wohlfahrtsminiſter angenommen. — Im „Reigen“-Prozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Direktor Sladek und Frau Eyſoldt Gefängnisſtrafen von je 4 Monaten, gegen die übrigen Angeklagten je 3 Wochen Gefängnis, ſowie Freiſprechung des Angeklagten Reuſch. Die Urteilsverkündigung wurde auf Freitag früh feſtgeſetzt. — Der Berliner Magiſtrat hat 9 Millionen Mark bereitgeſtellt, die zur Auszahlung an Erwerbsloſe, Almoſenempfänger und ſonſtige durch Arbeitsloſigkeit in Not Geratene dienen ſollen. — Der bisherige Reichsminiſter des Innern und frühere ſächſiſche Miniſterpräſident Dr. Gradnauer iſt an Stelle des in den Reichsdienſt übergetretenen Geſandten Dr. Koch zum außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter in Berlin ernannt worden. — Die polniſche Regierung hat dem Danziger Senat gemäß den getroffenen Uebereinkommen den Betrag von 30 Millionen Mark als Abſchlagszahlung auf die zu überweiſenden Eiſenbahnen überwieſen.

Rendsburg, 16. Nov. Auf der hieſigen Werft Nobiskrug iſt heute die geſamte Arbeiterſchaft von etwa 750 Mann wegen paſſiver Reſiſtenz eines Teiles der Belegſchaft ausgeſperrt worden. Es war eine ſofortige Lohnerhöhung ver-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

worden, ohne daß erst wegen des Abschlusses eines Tarifs verhandelt werden sollte. Die Werft ist ge-

Beuthen, 15. Nov. Heute früh wurden Beamte und die 370 000 Mark Löhnungsgelder nach dem Walz- Bismarckhütte tragen, von Räubern überfallen. Ein wurde zu Boden geschlagen, ein Arbeiter durch Schuß verletzt. Die durch die Schießerei alarmierte ndewache verhinderte den Raub. Ein Räuber wurde

Budapest, 16. Nov. Der Landesverteidigungsminister die wehrfähige männliche Bevölkerung im Alter von bis 36 Jahren zum freiwilligen Eintritt in die National- auf. Die Eintretenden haben im Mannschaftsstande zu leisten, doch werden auch Offiziere, Offiziers- nten und Unteroffiziere angenommen. Die Dienstpflicht 12 Jahre.

Bern, 15. Nov. Das eidgenössische Ernährungsamt hat Verkaufspreis für Brotgetreide um rund 20 Prozent gesetzt. Für Zucker wird Anfang Dezember ein neuer ndschlag eintreten.

London, 15. Nov. Die Vertreter von Londoner Finanz- erklärt, daß sie Deutschland kein Guthaben bewilligen den, ausgenommen auf der Grundlage einer dauernden befriedigenden Regelung des Problems der deutschen Ver- ungen, da der Wechselkurs der Mark der Finanzwelt zu großen Stoß versetzt habe, als daß sie sich veranlaßt könnte, Deutschland ohne jede solide Grundlage Geld vor- ießen.

Üsküb, 15. Nov. Südlich von Üsküb ist gegen einen Eisenbahn- den die Königin Sophie von Griechenland von Belgrad Saloniki benützte, von bulgarischen Komitazzis ein Bom- schlag verübt worden. Die Komitazzis töteten den die kontrollierenden Inspektor, während ein ihn begleiten- Arbeiter sich in Sicherheit bringen konnte, um die Anzeige statten, sodaß der Anschlag verhindert werden konnte.

Athen, 15. Nov. Die Frist, innerhalb der die französischen ppen Cilizien geräumt haben müssen, läuft am 20. d. M. Der gesamten christlichen Bevölkerung der Provinz hat sich Trostlosigkeit bemächtigt. Sie gedenken, Briand zu er- den Abmarsch der französischen Truppen auf ein späteres zu verschieben, um wenigstens die Auswanderung der Greise und Kinder sicherzustellen. Die gleiche Unruhe bei der christlichen Bevölkerung an den Küsten des arzen Meers.

Washington, 15. Nov. Hoover bereitet eine amtliche Dar- der Wirtschaftslage Deutschland vor.

Die Erhöhung der Fahrpreise.

Das Reisen wird im nächsten Jahre um nicht weniger als Prozent teurer, d. h. unerschwinglich sein. Zunächst tritt am 1. Dezember eine Tariferhöhung um 30 Prozent Vom 1. Februar 1922 ab kommt dann eine weitere Er- um 50 Prozent. Eine Fahrt, die heute 100 M. Fahr- kostet, wird also vom 1. Februar 1922 ab auf 200 M. zu kommen. Für die Reise Berlin—München wird man klasse 280 M., hin und zurück also 560 M. aufwenden müs- Da die Einkommen auch bei den höchstbesoldeten Beamten Festangestellten solche enormen Ausgaben für Bahnfahrten zulassen, so hat die bevorstehende Tariferhöhung zur daß die nicht am Schiebergewinn Beteiligten von der der Bahn beinahe ausgeschlossen sind. In demselben wird natürlich die beabsichtigte Erhöhung der Güter- eine ungeheure Verteuerung der Warenpreise auf Ko- der Verbraucher herbeiführen. Ob sich die Wirkungen beiden Erhöhungen nicht doch noch letzten Endes gegen Urheber, die Reichseisenbahnen werden?

110 Milliarden Defizit im Reichshaushalt 1921.

Berlin, 16. Nov. Dem Reichsrat ist der Reichshaushalts- für 1921 zugegangen. Hiernach sind die Reichsausgaben der Fehlbeträge der Betriebsverwaltungen im außer- dentlichen Haushalt mit 114 291 Millionen Mark, im ordent- Haushalt mit 67 472 Millionen Mark veranschlagt, sodaß der gesamte Ausgabenbedarf auf 181 762 Millionen Mark ffert. Dem stehen an Einnahmen gegenüber im außer- dentlichen Haushalt 10 500 Millionen Mark, im ordentlichen shalt 61 228 Millionen Mark, insgesamt also 71 728 Millio- Mark. Es bleibt also die Summe von 110 035 Millionen ungedeckt und muß durch Anleihen beschafft werden.

Die interalliierten Schnüffler.

Berlin, 15. Nov. Am Sonnabend, den 12. d. M., hat in sdam in der Kaserne des früheren 1. Garde-Ulanen-Regi- jetzt belegt mit Teilen des Reiterregiments 4, eine En- kommission die Durchsuchung eines Stalles verlangt, unter nach einer Denunziation Munitionsmengen verborgen sein Die Truppe ließ sofort den Stall militärisch absperren am nächsten Morgen nach weiterer Verständigung der mission die Durchsuchung bereitwillig ausführen. Es wur- 240 Kisten Munition gefunden, die dort wenigstens zwei gelegen haben müssen, sodaß die jetzige Truppe wie die vorgesetzten Dienststellen in keinerlei Beziehung zu ihnen werden können. Die Munition wurde der Reichstreu- gesellschaft übergeben. Es handelt sich um Patronen für inenpistolen, die in der Reichswehr nicht geführt werden.

Forderungen des Gewerkschafts- und Afabundes.

Berlin, 15. Nov. Die Vorstände des Allgemeinen Deut- Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes sind bei ihren eren Beratungen am 15. November zu dem Ergebnis ge- daß bei dem wachsenden Finanzelend des Reiches und damit verbundenen unerträglichen Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel von der Reichsregierung nunmehr züglich ein gesetzgeberisches Eingreifen verlangt werden Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts- des Afa-Bundes fordern von der Reichsregierung und dem tag zur Herstellung der Wiederherstellungsleistungen und Ausgleich des inneren Haushaltes im Reiche die beschleu- Beschlußfassung über folgende gesetzgeberische Maß-

1. **Beteiligung des Reiches an den Sachwerten.** Die Ak- gesellschaften haben 25 Prozent ihres Aktienkapitals auf das zu übertragen. Die kleinen gewerkschaftlichen Unterneh- ngen und der Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren nisse der Veränderung der Geldwerte angepaßt ist, in Höhe zu belasten. 2. Sozialisierung des Kohlenberg- zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches. 3. Neu- der Verkehrsunternehmungen mit dem Ziel, sie in für- Zeit wirtschaftlicher zu gestalten. 4. Scharfe Erfassung Exportdevisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige. 6. Er- der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der gewinne. 7. Beschleunigte Einziehung der Reichsnot- 8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, ins- dere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen flichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung so- an die Finanzämter abzuliefern. Bleiben diese Zahlungen zu einer Grenze von 25 Prozent hinter ihrer Einkommen- pflicht zurück, so haben sie nach der endgültigen Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 Prozent Zinsen abzuführen. Ist diese Selbstveranlagung unter diesem Betrag zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 Prozent zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen. 9. Scharfe Besteuerung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne. 10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

Der „Vorwärts" erklärt hierzu, die Forderungen der Gewerkschaften stellten Mindestforderungen dar, an die sich die sozialistischen Parteien gebunden fühlten. Die kommenden Reichstagsverhandlungen würden zeigen, ob das Volk als Ganzes das Programm aufnehmen werde. Geschehe das nicht und werde kein besserer Weg zur Erhaltung der Republik und zum Schutz des Friedens gewiesen, so ständen wir vor ernstlichen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen. — Die „Rote Fahne" sagt unter der Überschrift „Geschlossene Kampffront des Proletariats": Die Kommunistische Partei ist bereit, ihre ganze Kraft für die Erkämpfung dieser Forderungen einzusetzen.

Die deutsche Note gegen den Anschlag auf die Deutschen Werke.

Berlin, 15. Nov. Das Auswärtige Amt hat das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der interalliierten Militärkommission gerichtet. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon alsbald nach dem Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die Umgestaltung in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Artikels 168 des Friedensvertrags zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler tausender von Arbeitern vernichtet werden mußten, wurde der Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Fortbestand der Werke einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hatte diesem Antrag durch die Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedensbereitschaft geknüpft. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand ist die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit überall durchgeführt. Das nach diesem Gesichtspunkte gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden, die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Die Kontrollkommissionen sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war, denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger, mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke, die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde Wirtschaftsbasis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine sichere Existenz gewährleistet. Da setzten plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 stehen. Hierdurch ist der garantierte Fortbestand der Werke auf das Äußerste gefährdet. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen zur Wiederherstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Loren und sonstigen Geräten, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um dem Betrieb ein für allemal den Charakter einer Heeresgutfabrik zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, wird nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen bürgen, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst stehen dafür ein. Die deutsche Regierung muß Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerecht, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftskörpers erneut zu beeinträchtigen.

Das Zeugnis der Gewerkschaften für die Umstellung der Deutschen Werke.

Berlin, 15. Nov. Über den Eindruck, den die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission bei ihrem Rundgang durch die Deutschen Werke in Spandau gewonnen haben, teilt der „Vorwärts" noch mit, daß die Vertreter der Arbeiterschaft zu der Überzeugung gekommen seien, daß die Fabrikationen in den Deutschen Werken ganz auf den Frieden eingestellt sind. Mit der Fabrikation von Mord- und Jagdwaffen, sind, alles in allem, 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, die z. B. zur Herstellung von Gewehrläufen dienen, sind so umgebaut worden, daß sie nie mehr zur Herstellung von Kriegswaffen verwendet werden können. Dasselbe gilt von den großen Bohr- und Drehbänken, auf denen während des Krieges Torpedos und Kanonenrohre gedreht worden sind. Bereits durch das Umbauen dieser Maschinen ist den Deutschen Werken erheblicher Schaden erwachsen. So mußte das Werk einen großen Auftrag von Schiffswellen an die Privatindustrie abgeben. Auch in anderen Teilen des Werks, da wo z. B. Motorräder und Büromöbel hergestellt werden, ist an die Fabrikation von Kriegswaffen überhaupt nicht mehr zu denken. Die Vertretung der Gewerkschaften ist zu der Überzeugung gekommen, daß im Falle einer Mobilmachung mehr als vier Monate vergehen würden, ehe in Spandau an die Fabrikation irgend welcher Kriegswaffen gegangen werden könne.

Die Durchsuchung der Rockstroh-Werke in Heidenau.

Dresden, 15. Nov. Zu den Durchsuchungen durch die interalliierte Kommission in Heidenau teilt das Polizeipräsidium folgendes mit: „Auf Grund der gestrigen Verhandlungen mit der Fabrikleitung wurde heute vormittag um 9 Uhr die Besichtigung durch die interalliierte Kommission im Beisein mehrerer Polizeibeamter in der von der Kommission gewünschten Richtung vorgenommen. Die Besichtigung selbst verlief ohne Zwischenfall, führte aber im Hauptpunkte zu keinem Ergebnis. Das Verlangen der Kommission, eine Ziegelmauer an einer Stelle durchstoßen zu lassen, wurde von der Fabrikleitung und der Arbeiterschaft abgelehnt. Beide erklärten, auch fremden Arbeitern zwecks Ausführung dieser Arbeit den Zutritt nicht gestatten zu wollen. Unter diesen Umständen erklärte die Interalliierte Kommission, sich wieder entfernen zu müssen. Die Besichtigung einiger anderer Räume nach verborgenen Waffen usw. verlief ergebnislos.

Die Schwarzen melden sich.

Neuyork, 15. Nov. Der Präsident der Vereinigung der Neger, Garvey, richtete an die Washingtoner Konferenz eine Depesche, in der er sich im Namen von 400 Millionen Schwarzer darüber beschwert, daß diese Bevölkerung beim Abschluß des Versailler Vertrages bei der Verteilung afrikanischer Gebiete nicht gefragt worden sei, obwohl sie auf gewisse Gebiete Ansprüche besitze. Garvey ersucht die Konferenz in Berücksichtigung zu ziehen, daß auch die Schwarzen Menschen sind, und verlangt, daß bei der Regelung der Weltangelegenheiten auch die Schwarzen eine Stimme haben.

Die amerikanische Abrüstungskonferenz.

Washington, 15. Nov. Balfour erklärte in seiner Rede bezüglich der Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten: Wir stimmen mit Hughes im Geist und im Grundsatz überein. Die Darlegung der Ansichten Großbritanniens über die Einschränkung der Rüstungen zur See durch Balfour war das Merkmal auf der zweiten Sitzung der Abrüstungskonferenz. Die Galerien waren wieder mit hohen Heeres- und Flottenoffizieren, sowie von Mitgliedern des Kongresses und von anderen hervorragenden Persönlichkeiten voll besetzt. Nach Balfour sprach Admiral Kato, der ebenfalls zum Ausdruck brachte, daß Japan die Vorschläge des Staatssekretärs Hughes im Prinzip annehme, und die Stellungnahme Japans gegenüber der Herabsetzung der Flottenstärke erläuterte. In den japanischen Vorschlägen wird die Beschränkung der japanischen Flotte auf zehn Großkampfschiffe, wie von Hughes vorgeschlagen, angenommen, aber verlangt werden, daß die englische Flotte weniger als 22, die der Vereinigten Staaten weniger als 18 dieser Schiffe umfaßt. — Der chinesische Delegierte Dr. Hui erklärte in einer Unterredung, China werde bei der Beratung der Frage des Stillen Ozeans und des fernen Ostens auf der Konferenz den Antrag stellen, daß ihm gestattet werden möge, sich als eine von japanischer Kontrolle freie Nation zu entwickeln.

Der Abrüstungsplan in den Ausschüssen.

Washington, 15. Nov. Nach einer Debatte, in der sich weit voneinander getrennte Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz ergaben, entschieden sich die Vertreter der fünf Großmächte für die Verhandlung durch Ausschüsse. Der Plan, Ausschüsse zu errichten, soll gefaßt worden sein, als die kürzeste Methode, um die der Konferenz vorliegenden Probleme in Angriff zu nehmen, da dieses Verfahren größere Freimütigkeit und den vertraulichen Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der verschiedenen Regierungen gestatte und da es zahlreichen Umständlichkeiten vorbeuge, die notwendig sein würden, wenn die Verhandlungen weiterhin in voller Öffentlichkeit geführt werden. Ein Ergebnis des Ausschußverfahrens wird vielleicht sein, daß die gestrige öffentliche Sitzung die letzte derjenigen sein wird, die der Methode tatsächlicher Entscheidung über die zur Verhandlung stehenden Fragen vorausgeht. Es wird jedoch nicht erwartet, daß die Ausschüsse in der Lage sein werden, ohne lange Prüfung und Erörterung ihre Berichte zu erstatten. Es verlautet, daß Staatssekretär Hughes im Prinzip öffentliche Sitzungen vorschlug. Einige der anderen Regierungen verlangten jedoch völlige Geheimhaltung und der Plan der Abhaltung nichtöffentlicher Ausschußsitzungen kann wohl schließlich als ein Kompromiß angenommen werden.

Um die Abrüstung zu Lande.

Neuyork, 15. Nov. Einer Meldung des „New-York Herald" aus Washington zufolge, verlautet dort, daß die italienische und die englische Delegation beabsichtigen, die Landrüstungsfrage als wichtigsten Punkt in aller Bälde zur Sprache zu bringen. Der Plan der englischen Delegation beziehe sich auf die polnische Armee. Italien werde u. a. verlangen, daß die französische Armee in annähernd demselben Maße wie die italienische verkleinert werde.

Paris, 15. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Intransigeant" in Washington will wissen, daß die Einbringung eines Vorschlags für die Abrüstung zu Lande entweder von englischer oder italienischer Seite unmittelbar bevorstehe. Briand habe sich gestern abend mit der englischen Delegation besprochen. Im Laufe der bevorstehenden Erörterung werde vielleicht Polen wegen seiner 300 000 Mann starken Armee Schikanen ausgesetzt sein. Italien mit seinen 280 000 Mann werde vielleicht mit Rücksicht auf seine Bevölkerungsziffer eine Einschränkung vorschlagen. Was Frankreich anbelange, so werde es vor der Konferenz den Beweis dafür liefern, daß Rußland heute 1 600 000 Mann mit 300 000 Bajonetten und starker Kavallerie unter den Waffen habe und morgen 12 Millionen Menschen mobil machen könne. Die französische Delegation werde ferner auseinandersetzen, daß Deutschland einen Grundstock von 250 000 Mann besitze und ohne weiteres 7 Millionen Soldaten samt den nötigen Gewehren, Maschinengewehren und Flugzeugen „aufbringen könne (!!). Die französische Delegation werde auch darlegen, daß England mit seinen Dominions ein Heer von 700 000 Mann habe. Es müsse also Frankreich mit seinen Kolonien gestattet sein, 657 000 Mann — dies wird nach dem Berichterstatter die französische Heeresstärke Ende 1921 sein — zu unterhalten, davon 300 000 Mann im Landesinnern. Beim Waffenstillstand habe Frankreich 4 780 000 Soldaten gehabt. Wirksame Garantien vorausgesetzt, so werde die französische Delegation sagen, werde Frankreich gerne seine Armee noch mehr beschränken.

*

Bern, 15. Nov. Das Abrüstungsprogramm von Hughes hat in der schweizerischen Presse allgemein überraschend gewirkt; die Blätter bleiben jedoch hinsichtlich des Erfolgs des amerikanischen Vorschlags ziemlich skeptisch. — Die „Neue Züricher Zeitung" erklärt, viel wichtiger als dieser sensationelle Anfang sei die Frage, inwieweit das Projekt realisierbar ist. Eine Herabsetzung der Rüstungen werde die Kriegsgefahr wohl erheblich vermindern, aber nicht beseitigen. Trotzdem wäre es ein gewaltiger Erfolg der Vereinigten Staaten, wenn sich dieses Projekt Hughes durchsetzen könnte. Das klare Bekenntnis der Abrüstung sei auf alle Fälle in allen Ländern des freudigsten Widerhalls sicher.

Literarisches.

Die Württ. Regimenter im Weltkrieg 1914—1918. Herausgegeben von General H. Flaischlen. Bd. XIII: Das württ. Infanterie-Regiment Nr. 475 im Weltkrieg 1914—1918. Bearbeitet von Hans Burr, Hauptmann a. D., vereinst Adjutant des Regiments. Mit 67 Abbildungen, 1 Übersichtskarte und 11 Textskizzen. 5¾ Bogen Großoktav. In Halbleinen geb. 20 M. (Kein Teuerungszuschlag.) Chr. Belsersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

„Das Härteste wird Holz für neue Leitern". Dieses Motto zieht sich durch die Geschichte des württ. Infanterie-Regiments 475. Erst in der zweiten Hälfte des Weltkriegs errichtet hat das Regiment, das mit jungen, kurz ausgebildeten oder kaum von schweren Wunden wiedergenesenen Mannschaften ins Feld zog, sich würdig neben die alten Truppenteile gestellt. Von Lothringen an die schwer bedrohte Champagne-Front geworfen, half es den Ring deutscher Helden, den diese zum Schutze der Heimat mit ihren Leibern bildeten, festigen und hat am bekannten Cornilletberg verhindert, daß der Durchbruch der Franzosen in der Champagneschlacht 1917 gelang. So trat es nach kurzem Bestehen in die schwerste Schlacht ein. Ein

Man färbe daheim nur mit echten **Brauns**'schen **Stoffarben** und fordere die lehrreiche Gratisbroschüre No. Z von **Wilhelm Brauns**, Gesellschaft m. beschr. Haftung, **Quedlinburg a. H.**

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „**Enztäler**" werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

Hohes Lied klingt bis zum Ende des Krieges. Vor Reims hielt es lange Wacht und führte den Kleinkrieg, der ſo vielen Gelegenheit ſich auszuzeichnen gab. Bei Verdun kämpfte das Regiment im Auguſt und September 1917 und wehrte ununterbrochene Angriffe der Franzoſen ab. Keinen Fußbreit ließen ſich die wackeren Schwaben nehmen. Das Regiment kämpfte dann an der Aisne und wurde für wert gehalten, die „Große Schlacht in Frankreich“, die deutſche Heere noch einmal tief in Feindesland führte, mitzuſchlagen. Die ſchweren Rückzugskämpfe ſodann bewieſen voll, wie hoch im Regiment Ehre, Diſziplin und Treue gehalten wurden. Aufs äußerſte durch Kämpfe und Märſche erſchöpft, verloren die Tapferen nie den Halt. Hohen Mutes, im Bewußtſein, die wahren Sieger zu ſein, kehrte das Regiment unberührt von revolutionärem Geiſte in die Heimat zurück. Aus allen ſchweren Erlebniſſen entnahm jeder einzelne nur, daß er noch Härteres ertragen könne und müſſe; und ſo gab's kein Zagen. Das Regiment hat ſich einen guten Platz im Buche der Geſchichte geſichert. Vorzügliche Karten und ſchöne Bilder ſchmücken das Werk. Der Be hat auch hier keine Mühe geſcheut, dieſen Band der Geſ württ. Regimenter im Weltkrieg in würdige ſchöne For kleiden. Das Buch wird dazu beitragen, die Kameraden Regiments zu verbinden, Erinnerungen in ihnen zu we und feſtzuhalten und dem württ. Volke ſtets die Taten Söhne vor Augen zu halten.

Zu beziehen durch die C. Meeh'ſche Buchhandlung (O D. Strom) Neuenbürg.

Maul- und Klauenſeuche.

In **Dietlingen,** Bez.-Amts Pforzheim, iſt in 3 Gehöften die Maul- und Klauenſeuche **ausgebrochen.**

Die Gemeinde **Birkenfeld** ſamt Feldmarkung wird als **Beobachtungsgebiet** erklärt mit der Wirkung, daß die **Ausfuhr** von Klauenvieh ohne oberamtl. Erlaubnis, das **Durchfahren** mit fremden Viehgeſpannen, ſowie jegl. Viehhandel daſelbſt verboten iſt.

Die **Landwirte** werden in ihrem eigenen Intereſſe aufgefordert, ſich dem verſeuchten Ort und dem Beobachtungsgebiet fernzuhalten.

Die **Ortspolizeibehörden** und die **Bahnſtationen** werden auf die oberamtlichen Anordnungen betreffend Einfuhr von Vieh aus Baden vom 19 Oktober 1921 (Enztäler Nr. 244) hingewieſen.

Neuenbürg, den 16. November 1921.

Oberamt:
Reg.-Aſſ. Rilling.

Zwangsverſteigerung.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinſchaft, die in Anſehung des auf Markung **Schömberg** O.-A. Neuenbürg belegenen, im Grundbuch von **Schömberg** O.-A. Neuenbürg Heft 153, Abteilung I Nr. 6, zur Zeit der Eintragung des Verſteigerungsvermerkes auf den Namen des **Friedrich Erlenmaier,** Schneiders in **Schömberg,** zur Hälfte, und des **Gotthilf Schroth,** Goldarbeiters in **Schömberg** und Ehefrau **Marie,** geb. Erlenmaier, unter ſich je zur Hälfte, zur Hälfte.

Geb. Nr. 140, 3 ar, 20 qm Wohnhaus und Hofraum oben im Dorf,

gemeinderätliche Schätzung vom 13. September 1921.

Vorkriegswert = 10 000 ℳ
jetziger Wert = 40 000 ℳ

beſteht, ſoll dieſes Grundſtück

am Montag, den 28, November 1921,
vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathauſe in **Schömberg** O.-A. Neuenbürg verſteigert werden.

Der Verſteigerungsvermerk iſt am 10. Sept. 1921 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, ſoweit ſie zur Zeit der Eintragung des Verſteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht erſichtlich waren, ſpäteſtens im Verſteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Antragſteller widerſpricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls ſie bei der Feſtſtellung des geringſten Gebots nicht berückſichtigt und bei der Verteilung des Verſteigerungserlöſes den übrigen Rechten nachgeſetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Verſteigerung entgegenſtehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuſchlags die Aufhebung oder einſtweilige Einſtellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Verſteigerungserlös an die Stelle des verſteigerten Gegenſtandes tritt.

Schömberg, OA. Neuenbürg, den 27. September 1921.

Kommiſſär:
Bezirksnotar Pieper.

Neuenbürg, im November 1921.

Das von meinem verſtorbenen Vater geführte

Hut- u. Mützengeſchäft

habe ich käuflich erworben und werde dasſelbe weiterbetreiben.

Ich bitte, das meinem Vater entgegengebrachte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen. Es wird mein Beſtreben ſein, meine Kundſchaft jederzeit gut zu bedienen.

Luiſe Wilhelm.

Beſichtigen Sie, ehe Sie einkaufen, mein auswahlreiches Lager in

Damen-Hüten und Pelzwaren.

Neu- und Umarbeiten von Hüten und Pelzen in bekannt tadelloſer Ausführung.

Umpreſſen von Damen- u. Herrenhüten ſchnellſtens.

Friedr. Dann, Pforzheim, Zerrennerſtr. 12 Telephon 2244.

Kaufe

Gold, Platin, Silber
zur gewerblichen Verarbeitung.
Auguſt Metſch, Pforzheim,
Edelmetallhandlg., Enzſtr. 39,
Telefon 3468.

Alte und zerbrochene

Grammophon-platten

kauft zu höchſten Preiſen
Muſikhaus Curth,
Pforzheim, Leopoldſtraße 17,
Roßbrücke.

Neuenbürg.
Einige tüchtige, ältere

Mechaniker und Dreher

für dauernde Beſchäftigung geſucht.

Beller & Fiſcher,
Fabr. opt. Werkzeugmaſchinen.

Wir ſuchen eine tüchtige

Putzfrau

für den ganzen Tag.

Heinrich Scholl A.-G.
Kunſtmühle Neuenbürg.

Mädchen

in kinderloſe Familie aufs Land **geſucht** per 1. Januar 1922. Angebote an Direktor **B Schoenheinz,** Villa Römpler, **Schömberg,** OA. Neuenbürg.

Einfaches, fleißiges

Mädchen

auf 1. Dezember geſucht.

Frau **Hägele, Pforzheim,** Hohenzollernſtraße 98.

Landwirte,
ſchafft Euch

Rauchapparate

an. Ich liefere Euch noch ſolche zum anſtändigen Preiſe.

Theodor Siebler,
Flaſchnerei und Inſtallationsgeſchäft,
Bad Liebenzell.

Ziehharmonikas

werden noch vor Weihnachten **um das Doppelte teurer.** Wir verkaufen aber noch einen Poſten **zweireihiger Wiener** mit Ia. Stahlſtimmen **zum halben Preis** wegen großer Räumung. Vorhergehender Preis ℳ 500, **jetzt** ℳ 250.

Auch einige **Mandolinen** und **Guitarren** ſind ſehr billig noch zu verkaufen bei

Gebr. Hohnloſer, Pforzheim,
Bergſtr. 27.

Gebrauchte von 50 ℳ an. Alle Reparaturen innerhalb einem Tag.

---

20 bis 25 000 Mk.

gegen gute Sicherheit **aufzunehmen geſucht.**

Angebote unter B. 48 an die Geſchäftsſtelle d. Enztälers erbeten.

Neuenbürg.
Habe ein gut möbliertes

Zimmer

zu vermieten.

Zu erfragen in der „Enztäler“-Geſchäftsſtelle.

Herrenalb.
Habe **30 bis 40 Ztr.**

Preß-Stroh

um den Tagespreis abzugeben.

K. Seuſer, Sägewerk.

Honig-Wachs, ſowie alte Waben,

kauft fortwährend
Carl Fröſchle, Pforzheim,
Dillſteinerſtr. 8.

Blaue Arbeitsanzüge,
Drillichanzüge,
kräftige Arbeitshoſen,
Feldgraue Hoſen,
Mancheſter-Hoſen,
Warme Lodenjoppen
offeriert
Weintraubs An- u. Verkaufsgeſchäft, Karlsruhe,
Kronenſtraße 52.

Grunbach.
Eine gute

Nutz und Fahrkuh
ſamt Kalb

hat zu verkaufen
Jakob Riexinger.

Grunbach.

Unterzeichneter ſetzt eine 30 Wochen trächtige

Fahrkuh

ſowie ein

Rind

(einjährig), unter zwei die Wahl, dem Verkauf aus.

Fr. Kirchherr z. „Krone“.

Sofort befreit von der Trunkſucht

Gicht-, Nerven-, Frauen- und Geſchlechts**krankheiten.** Viele Dankſchreiben. Schreiben Sie ſofort an **Leopold Otto,** chemiſche Erzeugniſſe, **Hannover 74,** Alemannſtr. 5.

Gicht- und Rheumatismusleidende

wenden mit Erfolg Apotheker Raithelhubers Gicht- u. Rheumatismusheil an, das ſelbſt in hartnäckigen Fällen nie verſagte. Preis von Salbe und Tee 16.50. Porto und Packung extra. Alleinverſand **Hofapotheke Hechingen,** Hohenzollern.

H. M.

Heute abend im Schiff.

Wir ſuchen tüchtige

Heimarbeiter

für **Alpacca-Bügel und Brünnier-Arbeiten.**

Heinrich Scholl A.-G.,
Kunstmühle Neuenbürg.

Zwei Schrotmühlen

(für Hand und Kraft) und

1 Futterſchneidmaſchine

für Handbetrieb verkauft billig

Fr. Huber, Unterreichenbach,
O.-A. Calw, Telefon 17.

Freie Schuhmacherinnun

für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Die Innung beabſichtigt, für ihre Mitglieder bei genügender Beteiligung einen

Zuſchneide-Kurs

in **Neuenbürg** abzuhalten.

Anmeldungen ſind zu richten an

Obermeiſter Schenerle

Enzhof-Schömberg, 15. Nov. 1921.

Dankſagung.

Für die vielen Beweiſe wohltuender Teilnahme bei dem Heimgange unſerer lieben Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante

Katharina Weinmann,
geb. Reutſchler,

ſagen wir herzlichen Dank. Beſonders danken wir für die zahlreiche Begleitung von nah und fern, für den erhebenden Geſang des Liederkranzes und für die vielen Kranzſpenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Harter, Enzhof.

Neuenbürg.
Ein Reſtpoſten ſchwere

Damen-Mäntel

(ſchwarz und marengo, Größe 44 bis 48), um damit zu räumen, ganz billig abgegeben bei

Emil Meisel.

P.S.: **Burſchenüberzieher** für 16—17 Ja vorzügliche Qualität und Facon, ebendaſelbſt.

Bevor Sie

Damen-Pelz

kaufen, besuchen Sie zuerst das

Pelzhaus Lehmann, Karlsruhe

Zirkel 32, 1 Treppe hoch.

Sie finden hier

Grosse Auswahl! Eleg. Verarbeitung!
Mässige Preise!

Marke A: **gewürzter Futterkalk** (enth. fohl. mit phosph Kalk und Drogen)

ſchützt vor Knochenweiche und regt die Freßluſt in hohem Maße an.

DROGEROL das Beste für Schweine
Vor Gebrauch
Nach Gebrauch

Glänzend begutachtet. Vom Reichsminiſt. f. Ern. u. Landw. zum Be genehmigt. Paket mit 2 Pfund **Mark 4.50.**

Allein. Fabr.: **Gebr. Benz, Nagold,** Bahnhofſtr. 56 a.
Zu haben in **Neuenbürg:** Wilh. Fieß; **Calmbach:** Albert B. Drogen; **Herrenalb:** C. Bechtle; **Höfen-Enz:** Albert Bergner; **Langenbrand:** Adolf Dittus; **Schömberg:** Aug. Breitling, Drogen; **Schwann:** Rudolf Laub; **Feldrennach:** Ludwig Bohlinger; **weiler:** Karl Frank; **Birkenfeld:** Wilh. Andrzet

---

Unſere Univerſalmühle

mahlt alle mögl. Produkte.

„MAG“, Maſchinenfabrik A.-G.,
Geislingen-Steige, Württemberg.

Wohnhaus,

möglichſt mit **Garten** in guter Lage von kapitalkräftigem Käufer möglichſt **bald geſucht.**

Angebote an die Geſchäftsſtelle des Enztälers.